

Karel De Gucht

Zum Geleit

Den Vorsitz der OSZE zu übernehmen ist sowohl politisch als auch institutionell eine große Herausforderung. Politisch wegen der ungelösten Konflikte, in denen die OSZE die Rolle der Vermittlerin übernommen hat, sowie aufgrund ihres Einsatzes zur Unterstützung von Demokratisierungsprozessen und der Achtung der Menschenrechte in zahlreichen Ländern. Aber auch aus institutioneller Sicht ist die Übernahme des OSZE-Vorsitzes eine gewaltige Aufgabe. Die OSZE ist eine ziemlich „unhandliche“ Organisation mit einem umfassenden, multidimensionalen Mandat. Ihre Funktionsweise beruht auf der Kooperation von 56 gleichberechtigten Partnern. Der Wille des Vorsitzes allein bewirkt gar nichts. Die OSZE entscheidet grundsätzlich im Konsens, was das Wohlwollen und die Unterstützung aller Teilnehmerstaaten unerlässlich macht.

Vom Ministerratstreffen in Ljubljana im Dezember 2005 erhielten wir den Auftrag, die Debatte über eine institutionelle Reform der OSZE fortzusetzen. Sie wird schon seit einiger Zeit geführt und drohte zuweilen die Organisation zu lähmen. Dank des Treffens von Ljubljana haben wir nun eine Wegbeschreibung, die uns bei diesem Unterfangen anleitet. Eine Wegbeschreibung allein ist allerdings noch keine Garantie dafür, dass man das Ziel auch erreicht.

Der Weg selbst bleibt schwierig. Als Amtierender Vorsitzender bin ich davon überzeugt, dass die Wirksamkeit der Organisation durchaus noch erhöht werden kann. Ich bezweifle allerdings, dass es Gründe dafür gibt, die OSZE wesentlich in ihrer Form zu verändern oder am empfindlichen Gleichgewicht der Kräfte innerhalb der Organisation zu rütteln. Welche Differenzen und Spannungen es auch zwischen den Teilnehmerstaaten geben mag – wir müssen stets an dem festhalten, was uns verbindet: an den grundlegenden Werten und Verpflichtungen der Schlussakte von Helsinki und der Pariser Charta. Diese beiden Dokumente sind die Grundlage dessen, für das wir alle gemeinsam stehen – oder stehen sollten.

Die wichtigste Frage ist daher nicht, *ob* wir gemeinsame Werte und Verpflichtungen haben, sondern *wie* wir sie in gemeinsame Aktionspläne überführen und diese in die Praxis umsetzen können.

Eine der zentralen Aufgaben der OSZE ist die Beobachtung von Wahlen; sie wird vom OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) und von der Parlamentarischen Versammlung der OSZE wahrgenommen. Auf diesem Gebiet hat die OSZE umfangreiches und international anerkanntes Know-how erworben. Wahlbeobachtung ist eine gemeinsame Verantwortung, die die OSZE als Ganze und jede einzelne ihrer Institutionen direkt betrifft. Sie ist zwar ebenfalls Teil der Reformagenda; Ziel der Reform

sollte jedoch sein, die Erfüllung der bestehenden Verpflichtungen und die Arbeitsweise der Mechanismen zu verbessern, die die Teilnehmerstaaten bei der Demokratisierung unterstützen sollen.

Der belgische Vorsitz hat sich jedoch noch weitere Ziele gesetzt. So soll zwischen den drei traditionellen Dimensionen der OSZE eine größere Ausgewogenheit hergestellt werden. Alle drei Dimensionen sind eng miteinander verbunden: Ohne Stabilität kann es keine tragfähige und dauerhafte Demokratie geben. Umgekehrt sind Frieden und Sicherheit ohne Achtung der Demokratie, der bürgerlichen Freiheiten und der Menschenrechte undenkbar. Schließlich kann es keine dauerhafte Stabilität ohne wirtschaftliche Entwicklung geben.

Die prinzipielle Ausgewogenheit zwischen den drei „Körben“ ist in den vergangenen Jahren ein wenig aus dem Blick geraten. Um der zweiten Dimension mehr Substanz zu verleihen, haben wir das Thema „Verkehr“ in den Mittelpunkt des Wirtschaftsforums 2006 gestellt. Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Integration können erheblich zu regionaler Sicherheit beitragen; die OSZE ist hier eine wichtige Plattform für die Diskussion von Problemen und die Suche nach Lösungen. Aus aktuellem Anlass sind wir darüber hinaus der Ansicht, dass Energiesicherheit ein weiteres Thema für den Dialog und die Zusammenarbeit im Rahmen der OSZE ist.

Ein zweites Thema, das für uns Vorrang hat, ist die Förderung von Rechtsstaatlichkeit und die Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Dieses Thema geht alle OSZE-Staaten an – sowohl östlich als auch westlich von Wien. Es betrifft auch unsere Bürger ganz direkt. Die Bekämpfung der organisierten Kriminalität ist für die OSZE nichts Neues. Es gibt bereits mehrere alle drei Dimensionen übergreifende Aktionspläne: zur Bekämpfung des Menschenhandels, zur Bekämpfung des illegalen Drogen- und Waffenhandels, gegen Geldwäsche und Korruption sowie zur Grenzsicherheit. Die OSZE hat Programme zur Stärkung von Rechtsstaatlichkeit und zur Unterstützung der Ausbildung in den Bereichen Polizei und Justiz gestartet. Der belgische Vorsitz hat sich vorgenommen, die zahlreichen Aktivitäten der OSZE in diesem Bereich zu harmonisieren, ihnen mehr Substanz zu verleihen und sie zu stärken.

Zur Bekämpfung des Menschenhandels haben wir uns darauf geeinigt, die entsprechenden Mechanismen der OSZE zu modifizieren, um bessere Handlungsmöglichkeiten in einer einheitlicheren Struktur gewährleisten zu können. Die OSZE muss gerade bei der Förderung des Grundrechts auf menschliche Sicherheit so wirkungsvoll wie möglich handeln können. Die Aufgaben, die uns hier bevorstehen, sind nicht einfach zu bewältigen, das Engagement der OSZE-Gemeinschaft, diese widerwärtigste Art der Ausbeutung zu eliminieren, ist jedoch groß genug, um institutionelles Gezänk und ideologische Differenzen zu überwinden.

Besonders hervorheben möchte ich auch das Engagement des Vorsitzes zur Förderung von Toleranz und Respekt. Auf Beschluss des Ministerrats von

Ljubljana soll 2006 vor allem die Umsetzung der von den Teilnehmerstaaten eingegangenen Verpflichtungen im Mittelpunkt stehen. So sind wir also nicht nur bestrebt, Toleranz weiterhin zum Topthema der Agenda der OSZE zu machen, sondern die Agenda auch in die Praxis umzusetzen. Gemeinsam mit dem BDIMR und mit der Unterstützung der drei Persönlichen Beauftragten für Toleranz und Nichtdiskriminierung hat sich der Vorsitz dieser Aufgabe uneingeschränkt verschrieben. Unser Vorsitz begann nicht zufällig mit einer Gedenkfeier für die Opfer des Holocaust. Ich hatte ebenso im Kontext von Toleranz und Nichtdiskriminierung darüber hinaus das Privileg, gemeinsam mit dem OSZE-Generalsekretär den Beitrag der OSZE zur Allianz der Zivilisationen, einer Initiative des VN-Generalsekretärs, zu präsentieren.

Ebenfalls prominente Plätze auf der Aufgabenliste der OSZE nehmen die Vermittlung in den so genannten „eingefrorenen Konflikten“ und die Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte in Osteuropa, im Südkaukasus und in Zentralasien ein.

Als ehrlicher Makler beteiligt sich der belgische Vorsitz aktiv an der Suche nach Lösungen für die eingefrorenen Konflikte um Transnistrien, Berg-Karabach und Südossetien. Als Amtierender Vorsitzender habe ich alle betroffenen Länder bereist und mich mit ihren politischen Führungen getroffen, um zu versuchen, die Konflikte einer Lösung näher zu bringen. Ob und wann tatsächlich Lösungen gefunden werden, hängt sehr davon ab, ob die beteiligten Konfliktparteien selbst den ehrlichen Willen dazu aufbringen.

Eine Gelegenheit dazu schien sich zu Beginn dieses Jahres im Konflikt um Berg-Karabach zu ergeben. Treffen zwischen den Präsidenten Armeniens und Aserbaidschans in Paris und Bukarest verliefen jedoch ergebnislos und die Chance wurde vertan. Es gibt nach wie vor große Hindernisse, allerdings scheint es, als hätten die Parteien bei einer erneuten Zusammenkunft in Minsk Fortschritte dabei erzielt, sich zumindest auf grundsätzliche Prinzipien zu verständigen, die vielleicht eine Lösung näher rücken lassen.

Im georgisch-südossetischen Konflikt haben wir alle Parteien nachdrücklich zur Rückkehr an den Verhandlungstisch, zur Zurückhaltung und zum Verzicht auf alle einseitigen Aktionen, die die Situation verschlechtern könnten, aufgefordert. Im Juni 2006 veranstalteten wir eine Geberkonferenz in Brüssel, auf der die OSZE-Teilnehmerstaaten über zehn Millionen Euro für den wirtschaftlichen Wiederaufbau im Konfliktgebiet zusagten. Die Konferenz war die erste ihrer Art im Rahmen der OSZE und fand in Anwesenheit aller Parteien statt. Wir hoffen, dass die während der Konferenz zugesicherte Unterstützung dazu beiträgt, Vertrauen zwischen den Konfliktparteien herzustellen und eine Lösung des Konflikts näher zu bringen.

Auch im moldauisch-transnistrischen Konflikt haben wir die Konfliktparteien zur Wiederaufnahme der Gespräche aufgefordert. Mit der Einführung eines neuen Zollsystems und der Entsendung der Grenzüberwachungsmission der Europäischen Union an die Grenze zwischen Moldau und der Ukraine zu Beginn des Jahres 2006 sind wichtige Entwicklungen eingetreten. Beides soll

die Transparenz des Handelsverkehrs erhöhen. Wir sind auch der Meinung, dass die Umwandlung der *Peacekeeping*-Operation in Moldau in eine international anerkannte und mit einem internationalen Mandat ausgestattete Mission die Sicherheit und Stabilität erhöhen würde. Als OSZE-Vorsitzland tun wir unser Möglichstes, um zur Lösung der Statusfrage beizutragen.

Während unserer Amtszeit als OSZE-Vorsitz fühlen wir uns ganz besonders der Einhaltung der gemeinsamen Normen und Werte der OSZE im Bereich der Menschenrechte und der Demokratie in allen Teilnehmerstaaten verpflichtet. Hier möchte ich die Arbeit des BDIMR, das maßgeblich an der Unterstützung dessen, was wir im Allgemeinen Institutionenaufbau nennen, beteiligt ist, würdigen und sie auch unterstützen.

Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte sind die Haupttätigkeitsbereiche der OSZE. Ich habe meine Bestürzung über die in dieser Hinsicht völlig unzulänglichen Präsidentschaftswahlen in Belarus zum Ausdruck gebracht, bei denen Oppositionsparteien und -führern das Recht auf eine freie und faire Teilnahme an den Wahlen verwehrt wurde. Die Ereignisse in der usbekischen Stadt Andischan gaben Anlass zu größter Sorge; die anschließenden Gerichtsverhandlungen entsprachen nicht den in den OSZE-Verpflichtungen festgelegten Standards.

Was können wir, die OSZE als Organisation, am besten, um Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte in Ländern zu fördern, die die Normen und Standards, die sie als OSZE-Teilnehmerstaaten eigentlich einhalten müssten, ignorieren? Die Antwort lautet: Dialog und Zusammenarbeit; das darf natürlich keine Einbahnstraße sein. Die Funktion des OSZE-Vorsitzes besteht darin, diese Prozesse zu erleichtern, ohne jedoch unsere gemeinsamen Prinzipien und Verpflichtungen preiszugeben. Gleichzeitig müssen wir die OSZE-Feldmissionen, die im ständigen Dialog mit den Regierungen und Zivilgesellschaften in ihren Gastgeberländern zur Demokratisierung beitragen, uneingeschränkt unterstützen.

Die OSZE ist eine lebendige Organisation. Ihre Agenda ist nie „erledigt“ – und wird es auch niemals sein. Der Amtierende Vorsitzende ist eher ein Vermittler als ein Führer, und Konsens ist mehr als ein Entscheidungsfindungsprozess: Konsens ist das Bekenntnis zu gemeinsamen Werten und Normen; er bedeutet die gemeinsame Verantwortung für Sicherheit und Zusammenarbeit. Es ist für mich eine Ehre, Amtierender Vorsitzender dieses großartigen Unternehmens zu sein.